

Gemeinsam einsam



SPD-Infostand im thüringischen Schleiz: Falsche Strategie?

DEMOKRATIE Die etablierten Parteien haben es im Osten immer schwerer. Müssen sie sich aus der Fläche zurückziehen? Und könnte es vor Ort ohne sie sogar besser funktionieren?

Die Welt, in der es die Parteiendemokratie nicht mehr gibt, ist ein unscheinbarer Ort. Ein Flickenteppich aus Acker und Wiesen in Nordsachsen, auf dem einige Siedlungen liegen, wie wahllos verstreute Farbkleckse. Bis nach Leipzig sind es nicht einmal zehn Kilometer, aber auf den Straßen ist es so ruhig, als wäre die nächste Großstadt eine Weltreise entfernt.

Jesewitz nennt sich dieses Idyll, im Gemeindehaus stürzt Bürgermeister Ralf Tauchnitz gerade eine Tasse Filterkaffee hinunter. Der Lokalpolitiker, ein mächtig großer Mann, kümmert sich ehrenamtlich um die Geschicke eines Heimatorts. Er ist fast 70 Jahre alt, eigentlich Rentner, aber in seiner aus mehreren Weilern zusammengewürfelten Gemeinde macht Politik halt noch Spaß, so jedenfalls sieht er das.

Das liegt auch an einer lokalen Besonderheit: Es gibt keine Parteien in Jesewitz.

Niemand im Gemeinderat vertritt die Sozialdemokratie oder die Liberalen. Weder die CDU noch die Linken existieren hier, und selbst die Rechtsextremisten der sonst so erfolgreichen sächsischen AfD haben in Jesewitz nichts zu melden. Bei den Kommunalwahlen standen all diese Parteien nicht einmal auf dem Wahlzettel.

Entsprechend sieht der Gemeinderat aus: Verschiedene Ortsteile sind mit einer eigenen Gruppe vertreten, hinzu kommt eine Freie Wählervereinigung namens »Natur und Heimat«. Der Bürgermeister, natürlich parteilos, gerät angesichts dieser Lage ins Schwärmen: Im Gemeinderat gehe es nicht um Parteienphilosophie oder gar ideologische Fragen, sagt Tauchnitz, sondern um »die Sache«. Feuerwehr, Kitas, Straßen, »da brauche ich keine Parteizentralen, die uns irgendwelche Vorgaben machen«.

Allein in Sachsen gibt es etliche vergleichbare Orte: Im vogtländischen Mühlental sitzen seit der jüngsten Wahl ausschließlich Wählergemeinschaften und ein Feuerwehrverein im Gemeinderat. In Parthenstein bei Leipzig holten die »Freunde der Feuerwehr« die meisten Stimmen. In Westsachsen erhielt die »Wählervereinigung Neustadt« 99,9 Prozent der Stimmen und bildet nun ganz allein die Volksvertretung.

All das mögen Extremfälle sein. Womöglich aber sind sie ein Ausblick in die Zukunft des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Das Vertrauen in Parteien schwindet, vor allem in ihre Fähigkeit, die alltäglichen Probleme der Menschen zu lösen. Wählerinnen und Wähler in Deutschland sind immer weniger bereit, sich an Parteien zu binden, sich ihrer Linie unterzuordnen oder sich für sie zu engagieren. Besonders im Osten hat sich das

Gefühl verbreitet: Ohne Parteien geht es eigentlich viel besser.

Das Misstrauen spiegelt sich auch in Wahlergebnissen und Umfragen wider. Nur zwei Fünftel der ostdeutschen Wahlberechtigten würden überhaupt noch CDU, SPD, Grüne oder FDP wählen. Mit AfD und dem Bündnis Sahra Wagenknecht sind die Parteien im Aufschwung, die sich bewusst gegen das etablierte System positionieren.

Für die traditionellen Parteien hat das schmerzhaft Folgen: Mit abnehmendem Erfolg bei Wahlen sinkt langfristig die Zahl der Abgeordnetenbüros in den Wahlkreisen, es fehlt Geld für Personal und Parteiarbeit. Und immer weniger Menschen haben Lust, sich in einer Partei zu engagieren oder gar ein Amt anzustreben.

Das Fundament des politischen Systems bekommt Risse, sind doch Parteien der Kitt, der die Demokratie zusammenhält. Sie verbinden die Menschen in den Wahlkreisen mit den Machtzentren der Republik. Sie sollen dafür sorgen, dass das, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt, auch in den Parlamenten diskutiert wird. Mit diesem Gedanken wurde die Bundesrepublik gegründet, mit dieser Idee hat sie 75 Jahre lang funktioniert. Doch diese Gewissheit steht nun infrage.

Was bedeutet es künftig für die Demokratie, wenn sich vielerorts Populisten und Extremisten ausbreiten, während sich die etablierten Parteien allmählich aus der Fläche zurückziehen? Funktioniert das politische System auch ohne sie? Und geht es am Ende vielleicht auch ganz ohne Parteien, wie in Jesewitz, dem sächsischen Idyll?

Das starke Misstrauen gegenüber etablierten Parteien habe im Osten vor allem historische Gründe, sagt die in Frankfurt (Oder) geborene Historikerin Christina Morina. Die Skepsis sei im Laufe der Jahre und Jahrzehnte gewachsen und nehme derzeit deutlich zu.

Der Görlitzer Sozialwissenschaftler Raj Kollmorgen sagt, die Erfahrung mit den westdeutschen Parteien nach der Wende sei für viele Ostdeutsche enttäuschend gewesen. Sie hätten ein »hochgradig idealisiertes Bild« vom Parteiensystem der Bundesrepublik gehabt. Anfangs hätten sich viele noch in lokale Parteigliederungen und Initiativen eingebunden, dann jedoch schnell das Gefühl be-

»Das verbreitete Bild von Parteien ist: Sie sind bürokratisch und erstarrt.«

Raj Kollmorgen, Sozialwissenschaftler

kommen, dass sie an den Entscheidungen in Berlin nichts ändern können. »Für viele hat sich die Erfahrung mit Parteien in der BRD nicht besser angefühlt als in der DDR«, sagt Kollmorgen. Die Einführung von Hartz IV, die Coronapolitik oder zuletzt das Heizungsgesetz hätten die Kluft vergrößert.

Der Berliner Soziologe Steffen Mau, in der DDR geboren, hat gerade ein Buch über die politischen Eigenheiten des Ostens veröffentlicht. Seine Diagnose: **Parteiverdrossenheit.** »Viele haben ein ganz eigenes Politikverständnis ausgebildet, bei dem Vorstellungen des ursprünglichen und direkten »Volkswillens« im Zentrum stehen«, erklärt Mau. Dieser Volkswille solle die Politik bestimmen, »nicht das Parteienkarussell«.

Viele Ostdeutsche halten es so: Sie geben bei Wahlen vielleicht noch den Parteien ihre Stimme, wollen sonst aber nichts mit ihnen zu tun haben. Kein Wunder also, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen Ende 2023 knapp 110.000 Mitglieder hatte, in sämtlichen ostdeutschen Flächenländern zusammen aber nur etwa 32.000. Insgesamt sind laut Soziologe Mau nur 0,8 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten in einer Partei. »Das verbreitete Bild von Parteien ist: Sie sind bürokratisch und erstarrt, ihre Politik folgt Befehlen von oben«, sagt Sozialwissenschaftler Kollmorgen.

Ralf Tauchnitz etwa, der Bürgermeister von Jesewitz, war Ende der Achtzigerjahre für eine Weile in der SED, so erzählt er. Nach dem Ende der Diktatur fällte er einen Entschluss: Nie wieder wollte er sich politisch binden. Seit 1990 sitzt er parteilos im Gemeinderat, seit 16 Jahren ist er Verwaltungschef. »Parteien dürfen in der Kommunalpolitik, gerade hier auf dem Land, keine Rolle spielen«, sagt er. Andere Politiker argumentieren ähnlich, inzwischen sogar der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken. Er plädierte kürzlich dafür, Kommunalpolitik zu »entpolitisieren«.

Nur lässt sich das überhaupt trennen? Die Sachthemen hier, die große Politik dort?

Parteien dienen als Scharnier. Sie nehmen die Probleme und Wünsche der Menschen auf, tragen sie aus ihren Orten in die Landeshauptstädte und nach Berlin. Ihre Präsenz vor Ort wiederum soll Vertrauen in ihre Arbeit schaffen, so zumindest die Theorie. »Es ist fraglich, ob Parteien in Zukunft diese Scharnierfunktion noch ausfüllen können«, sagt Kollmorgen.

Soziologe Mau warnt vor den Risiken des aktuellen Trends. Parteilose Lokalpolitiker könnten die Interessen ihrer Region nicht über die Landesparlamente und in den Bundestag tragen. Sie hätten weder Verbündete in den Hauptstädten noch Unterstützung

aus Ortsvereinen, stünden mitunter aber ganz allein Rechtsextremisten gegenüber.

Wie das enden kann, ließ sich zuletzt in Mittelsachsen beobachten: Dort verkündete Landrat Dirk Neubauer seinen Rückzug vom Amt – und begründete das unter anderem mit mangelnder Unterstützung aus der Landespolitik. Doch zur Wahrheit gehört auch: Neubauer war selbst vor einigen Jahren frustriert aus der SPD ausgetreten – einer Partei, die ihn mit ihren Ressourcen hätte unterstützen können. Die aber selbst immer schwächer wird, weil ihr mehr und mehr Menschen den Rücken kehren.

Mau bezeichnet die etablierten Parteien im Osten als »strukturelle Schwächlinge«. FDP und Grüne sind auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, die AfD ist stark, ebenso das Bündnis Sahra Wagenknecht, das vielleicht bald »eine reine Ostpartei« sei, wie Mau sagt. In Ost und West entwickeln sich womöglich zwei unterschiedliche Parteiensysteme.

Für die etablierten Parteien ist es ein Teufelskreis: Genießen sie wenig Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern, leiden ihre Wahlergebnisse. Niedrigere Wahlergebnisse bedeuten weniger Abgeordnete, weniger Abgeordnete weniger Wahlkreisbüros – und damit weniger Präsenz in der Fläche.

Das Problem ist im Osten nicht überall gleich groß. In Thüringen ist die CDU nach der Wende mehr als 20 Jahre lang an der Regierung gewesen und hat im Vergleich mit den anderen Parteien die meisten Mitglieder. Doch auch die Christdemokraten verzeichnen einen Schwund: von 10.000 im Jahr 2016 auf unter 8000 Ende 2023. Aber es geht noch schlimmer: Die SPD hat nicht einmal 4000 Mitglieder.

Am Mittwoch vor der Landtagswahl haben die Sozialdemokraten auf

dem Markt in Schleiz in Thüringen ihren Wahlkampfstand aufgebaut. Der Platz liegt in der prallen Sonne, es sind nur wenige Menschen unterwegs. Der Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Georg Maier, ist gekommen, um den lokalen Kandidaten zu unterstützen, eine Gruppe Jusos verteilt Flyer. Schleiz ist ein schwieriges Terrain: Bei der Landratswahl in diesem Jahr unterlag der AfD-Kandidat nur knapp – mit 47,6 Prozent.

Trotzdem läuft es an diesem Vormittag nicht schlecht für die SPD. Die Bürger schimpfen zwar über niedrige Löhne, niedrige Renten und darüber, dass Geflüchtete »alles in den Arsch gesteckt« bekämen, aber sie lassen sich auf Diskussionen ein. Ein junger Wahlkämpfer steht im Schatten des roten Schirms, er wirkt nachdenklich. Ein paar Tausend SPD-Mitglieder im Land, das sei einfach nicht viel. **»Im Westen sind die Parteien etablierter. Sie sind mit der Bundesrepublik gewachsen und viel stärker in der Gemeinschaft verankert«**, sagt er. Da seien die SPD-Mitglieder in den Schützenvereinen, in den Anglervereinen präsent. In Thüringen versuche stattdessen die AfD, sich in solchen Vereinen breitzumachen.

Tatsächlich ist das ein wichtiger Unterschied zum Westen. Auch in Bayern leidet die SPD unter schlechten Wahlergebnissen und Mitgliederschwund. Die Partei hat ein Sparprogramm aufgelegt, von 31 Regionalgeschäftsstellen sollen nur noch 7 übrig bleiben. Dennoch ist in Bayern selbst die SPD in der Zivilgesellschaft verankert, in den Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen.

In Thüringen fragen sich manche Sozialdemokraten, ob man vielleicht mit einer falschen Strategie zum eigenen Niedergang beigetragen habe. Es sei ein Fehler gewesen, nicht mehr Einsatz in der Fläche zu zeigen und sich stattdessen auf urbane Milieus zu konzentrieren, sagt ein Funktionär.

»Viele haben ein ganz eigenes Politikverständnis ausgebildet.«

Steffen Mau, Soziologe

Mittlerweile machen sich die Zentren der etablierten Parteien intensiv Gedanken, wie man dem Rückzug aus der Fläche entgegenwirken kann, und zwar nicht nur im Osten. Die SPD lotet aus, ob sich mobile Büros »für die Beziehungsarbeit besser eignen als feste Anlaufstellen«. Der Parteivorstand lockt mit einem »Innovationsfonds«. Ausgewählte Unterbezirks- und Kreisverbände sollen Methoden testen, um inaktive Mitglieder zu motivieren und neue Leute zu werben. Immer wieder sollen sie Reports erstellen, damit der Rest der Partei von ihnen lernen kann. Wer sich erfolgreich bewirbt, bekam bislang bis zu 5000 Euro.

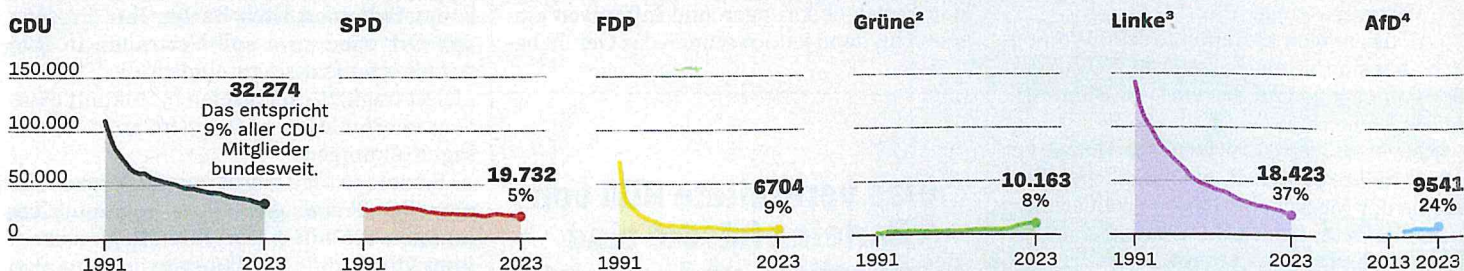
Bei der CDU hat die Bundestagsfraktion ein Patenschaftsprogramm entwickelt, bei dem Abgeordnete auch für ihren Nachbarwahlkreis zuständig sind, wenn es dort keinen CDU-Parlamentarier mehr gibt. So sollen die Christdemokraten in der Fläche sichtbar bleiben.

Die Linke in Sachsen-Anhalt hat einen Campingbus gekauft. Sie fährt damit zu Wochenmärkten und Arztpraxen auf die Dörfer. Überall dorthin, wo Menschen sind. Mehrmals im Monat ist die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern mit dem roten Bus unterwegs. Natürlich unterhalte die Partei auch Wahlkreisbüros, sagt sie. Aber man brauche Geld und Menschen, die so ein Büro mit Leben füllten. Oft lohne sich das nur in Städten.

Mit dem Bus kann sie dagegen noch bis ins kleinste Dorf fahren. Die Gespräche würden oft lange dauern, erzählt Angern. **Viele brauchten einfach nur jemanden zum Reden, einige kämen aber auch mit konkreten Problemen.** In Magdeburg sei ein Mann mit einem Wohngeldantrag zum Bus gekommen. Er habe es nicht geschafft, den Zettelwust zu bezwingen. Angern sagt, sie habe den Antrag dann komplett ausgefüllt, vor einigen Tagen wurde er bewilligt.

In der Unterzahl

Zahl der Parteimitglieder in den ostdeutschen Bundesländern¹



¹ ohne Berlin; ² Die Grünen in Sachsen waren bis 1993 kein Landesverband der Bundespartei; ³ vor 2007 PDS bzw. Linkspartei.PDS; ⁴ 2013 gegründet, keine Daten für 2014 und 2015

5 • Quellen: Oskar Niedermayer in ZParl 24/2; Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31

Und es gibt Politiker, die sich gegen den Trend stemmen. Der Grüne Sebastian Striegel etwa hat in Sachsen-Anhalt dieses Jahr sein zweites Büro eröffnet, ausgerechnet in Zeitz, im einzigen Wahlkreis des Landes, den die AfD direkt gewonnen hat. Gerade deshalb sollte man hierhin, sagt Striegel, auch wenn es nicht ungefährlich ist. Sein erstes Büro, in Merseburg, wurde wiederholt angegriffen, eine Mitarbeiterin angegangen, Striegel selbst fand einen Grabstein vor der Tür.

Striegels Parteikollege Valentin Lippmann sitzt am Montag dieser Woche in einem Café auf dem Dresdner Theaterplatz, im Hintergrund die Semperoper. Der 33-Jährige ist Vizefraktionschef der Grünen im Sächsischen Landtag. Demokratie ist sein großes Thema. Er ist überzeugt: »Demokratie lebt vom Engagement in Parteien.« Was aber, wenn diese verschwinden?

In der Landtagsfraktion versuchen sie, dem entgegenzuwirken. Jeder Abgeordnete betreut zusätzlich zu seinem Wahlkreis einen anderen. Das soll kompensieren, dass die Grünen nicht aus jedem Wahlkreis Abgeordnete in der Fraktion haben. Lippmanns Zweitbüro liegt in Bautzen, einer Hochburg der AfD. Er sagt, die Präsenz lohne sich. »Wer noch nie in seinem Leben einen Grünen kennengelernt hat, kann leichter seinen Hass auf die Partei projizieren als einer, der persönlich Grüne in seinem Umfeld kennt.«

Von einem generellen Niedergang der etablierten Parteien im Osten will Lippmann nichts wissen. Doch auch er sieht, dass sie Probleme haben: Menschen zu finden, die sich engagieren und aufstellen lassen, etwa für Kommunalwahlen. Die Sorge vor Anfeindungen sei groß. »Wenn man um sich und seine Familie Angst haben muss, nur weil man sich politisch vor Ort engagiert, lässt man es lieber sein.«

Doch das führt erst recht dazu, dass Parteien als ferne, abgehobene Organisationen wahrgenommen werden. Der Teufelskreis.

Was, wenn die Präsenz der Parteien trotz aller Bemühungen besonders auf dem Land weiter abnimmt? Wenn die Verbindung der Kommunalpolitik zu den Parteiapparaten in den Hauptstädten fehlt? Sozialwissenschaftler Kollmorgen ist kein Freund von Schreckensszenarien. Er sagt: »Der Rückzug aus der Fläche wäre nicht der Tod der Demokratie.«

Es brauche spätestens dann aber neue Formen der Verankerung. Die Parteien müssten sich stärker verzahnen mit Verbänden und Vereinen. »Was unser System aushebeln würde: dass die Parteien komplett die Berührung zur Gesellschaft verlieren und zu Wahlkampfmaschinen verkommen, so wie es in den USA weitgehend der Fall ist.«

Und womöglich sind Gemeinderäte wie in Jesewitz, in denen keine einzige Partei sitzt, für den Osten nicht nur Risiko, sondern auch Chance. Tatsächlich deutet manches darauf hin, dass Lokalpolitik ohne Parteien dazu beitragen könnte, die gesellschaftlich aufgeladene Stimmung abzukühlen.



Gordon Welters / DER SPIEGEL



Gordon Welters / DER SPIEGEL



Thomas Victor / DER SPIEGEL

Linke Angern, Grüner Striegel, Bürgermeister Tauchnitz: System im Wandel

Im Jesewitzer Gemeinderat etwa, so erzählt es Bürgermeister Tauchnitz, gebe es weder feste Gruppen noch Koalitionen. So gelängen Diskussionen und Entscheidungen über Themen, die andernorts Streit auslösten: »Wir haben einen Radweg gebaut, da waren alle dafür«, sagt er. »Und gegen die Ausweisung von Windenergieflächen gab es bis jetzt auch keinen Widerstand.«

Soziologe Mau sagt: »Womöglich ist Ostdeutschland sogar dazu prädestiniert, ein Labor der Partizipation zu werden.« Er plädiert für neue Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Parteien, die feste Einführungen von Bürgerräten etwa. Das sind Versammlungen von per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die vorgegebene Themen diskutieren und Handlungsempfehlungen beschließen. Diese Gremien, sagt Mau,

könnten zwar keine Gesetze verabschieden, es gebe aber viele andere Vorteile: höhere Repräsentanz und Bürgernähe etwa. Außerdem sei das Modell immun gegen den Vorwurf, eine reine Elitenveranstaltung zu sein. Und man könne die Landesregierungen verpflichten, sich mit den gefundenen Ergebnissen zu beschäftigen.

In Jesewitz endet die Amtszeit von Bürgermeister Tauchnitz in fünf Jahren. Er ist dann 73 Jahre alt und wird sich mehr als 40 Jahre lang in der Lokalpolitik engagiert haben. Noch einmal antreten werde er nicht, sagt er, dann sei jemand anderes an der Reihe. Wer? Wisse er nicht, sagt Tauchnitz. Aber eines stehe fest, glaubt er: »Es wird niemand sein, der für eine Partei antritt.«

Maik Baumgärtner, Maria Fiedler, Fabian Hillebrand, Peter Maxwell, Ann-Katrin Müller